Antwort

der Landesregierung

auf die Kleine Anfrage Nr. 122
des Abgeordneten Sven Hornauf (BSW-Fraktion)
Drucksache 8/210

Demonstrationsbeendigung am 18.-20.11.2024

Namens der Landesregierung beantwortet die Ministerin des Innern und für Kommunales die Kleine Anfrage wie folgt:

Vorbemerkung des Fragestellers: Das OVG Berlin-Brandenburg bescheinigte der Versammlungsbehörde des PP Land Brandenburg mit dem Beschluß vom 16.05.2024, 1 S 30/24, nur ein eingeschränkt rechtmäßiges Verständnis vom Versammlungsrecht und bestätigte die dazu schon ergangene umfassendere Darlegung des VG Potsdam, 3 L 221/24, im B. v. 19.03.2024. Offensichtlich zur Umgehung der dort gestellten Anforderungen an eine Untersagung der Demonstrationen in Ermangelung einer gerichtsfest-erweisbaren konkreten Gefahrenlage vor Ort und im Wege kreativer Rechtsanwendung erließ das PP als Versammlungsbehörde, vermeintlich auf Antrag der örtlich zuständigen Ordnungsbehörde (so S. 7 Abs. 3 des Bescheides v. 18.11.2024, Az.: 4.15-451-43/715/24), mit dem vg. Bescheid v. 18.11.24 sieben Auflagen, deren Sofortvollzug in Ziffer 8 angeordnet wurde, um eine Kampfmittelsondierung der dort im Einzelnen bezeichneten Waldflächen, die in vier Teilflächen nach Anlage 1 des Bescheides aufgeteilt worden waren, durchzusetzen. Am 19.11.24 erfolgte dann eine Folgeanordnung zur Auflösung und Räumung des Demonstrationsortes, die an den Folgetagen vollzogen wurde. Der personelle Aufwand, den die Landespolizei zur Absicherung oder Auflösung bzw. Unterbindung von derartigen Demonstrationen, wie zuletzt in Grünheide betreibt, ist zugleich regelmäßig Gegenstand der Begründung von Auflagen, etwa wenn zeitgleich andere Ereignisse anstehen, die einen nicht unerheblichen Aufwand zur Absicherung vermuten lassen (bspw. Sport- und Kulturevents, Staatsbesuche, usw.), die wiederum geeignet sind, das Demonstrationsgrundrecht zu beschränken oder gar faktisch aufzuheben. In Ansehung des schon am 18.11.2024 ersichtlichen Aufwandes der Landespolizei einerseits und der Mediendokumentationen über die Anzahl der Demonstranten und Sympathisanten vor Ort andererseits sind allerdings Zweifel an der Angemessenheit des seitens des Landes betriebenen Aufwandes gegeben.

Vorbemerkung der Landesregierung: Die Beantwortung der Fragen erfolgt auf der Grundlage von Angaben, die der Versammlungsbehörde zu der Versammlung vorlagen, sowie der Auswertung polizeilicher Daten, die aus Gründen der Gefahrenabwehr erhoben wurden.

Der Beginn der Sondierungsmaßnahmen zur Feststellung der Kampfmittelbelastung im Bereich der Versammlungsfläche durch eine durch den Kampfmittelbeseitigungsdienst vertraglich gebundene Räumfirma war für den 18. November 2024 ab 08:00 Uhr vorgesehen. Zur Vorbereitung wurde der Versammlungsort in vier Teilflächen/Sektoren unterteilt, um die Sondierung in Teilabschnitten durchzuführen. Die Prüfungsmaßnahmen begannen im Sektor 3

Eingegangen: tt.mm.jjjj / Ausgegeben: tt.mm.jjjj

- zuvor bedurfte es entsprechender Vermessungsarbeiten. Zunächst war dabei die Baufreiheit des Bodens durch Beräumung der Versammlungsfläche, insbesondere von Zelten, Unterständen, Baumaterialien, Metallrohren und sonstigen Ablagerungen, herzustellen.

Im Land Brandenburg ist die Versammlungsbehörde organisatorisch dem Polizeipräsidium zugeordnet.

Frage 1: Wie viele Beamte des Landes Brandenburg (und ggf. aus anderen Bundesländern oder des Bundes im Wege der Amts- und/oder Einsatzhilfe) wurden zur Vollziehung der Auflagenverfügung vom 18.11.2024 (Gz.: 4.15-451-43/715/24) und den nachfolgenden Verwaltungsentscheidungen der Versammlungsbehörde des PP Land Brandenburg an den Einzeltagen des 18.11.2024 bis zum 24.11.2024 vor Ort eingesetzt? In welchem Umfang sind dabei Überstunden angefallen und in welchem Umfang werden hierdurch andere Einsätze und Einsatzmöglichkeiten der Landespolizei eingeschränkt?

zu Frage 1: Das Polizeipräsidium Land Brandenburg hat unter Berücksichtigung der arbeitszeitrechtlichen Vorschriften und eines lageangepassten Einsatzes die Kräfte flexibel (unter anderem Zweischicht-, Dreischichtsysteme, Rufbereitschaften) eingesetzt. Eine konstante Kräftelage war daher nicht zu verzeichnen. In der folgenden Tabelle ist die Anzahl der Einsatzkräfte zu entnehmen, die am jeweiligen Tag in der Spitze anhand des Tageshöchstwertes (TMax.) zum Einsatz gebracht wurden:

	Montag, 18.11.	Dienstag, 19.11.	Mittwoch, 20.11.	Donnerstag, 21.11.	Freitag, 22.11.	Samstag, 23.11.	Sonntag, 24.11.
Kräfte BB (TMax.)	330	355	320	255	273	37	30
Fremdkräfte	0	14	31	13	52	0	0
Gesamt	330	369	351	268	325	37	30

Wie der Tabelle zu entnehmen ist, erhielt die Landespolizei Brandenburg Unterstützung bei der Einsatzbewältigung. Es handelte sich um Bedienstete der Länderpolizeien Berlin und Sachsen.

Die Einsatzkräfte und -mittel des Polizeipräsidioms werden im Rahmen allgemeiner Schwerpunkte beziehungsweise einzelfall- und lagebezogen eingesetzt. Je nach Einsatzaufkommen und -priorität kann dies dazu führen, dass bestimmte Aufgaben temporär zurückgestellt werden müssen. Im Bedarfsfall können kurzfristig Kräfteverschiebungen und -umgruppierungen realisiert werden. Insoweit hatten die konkret in Rede stehenden Einsatzmaßnahmen um die Versammlungslagen im Bereich Grünheide keine relevanten Auswirkungen auf die weitere Lagebewältigung im Polizeipräsidium.

Frage 2: Welche Kosten sind dem Land Brandenburg aus den Einsätzen am 18.11.2024, 19.11.2024, 20.11.2024 und den Folgetagen vor Ort in Bezug auf die gegenständliche Demonstration, deren Auflösung und in Umsetzung des Auflagenbescheides vom 18.11.2024, Gz: 4.15-451-43/715/24, entstanden?

zu Frage 2: Eine Erfassung der konkret entstandenen Kosten, insbesondere der Personalkosten, zu einzelnen Veranstaltungen beziehungsweise Einsatzen erfolgt nicht. Die Abrechnung von Unterstützungseinsätzen zwischen den einzelnen Bundesländern findet auf Basis der „Verwaltungsvereinbarung über vereinfachte Regelungen und einheitliche Pauschalen für die Abrechnung von Unterstützungseinsätzen zwischen den Ländern und dem Bund“ in der derzeit gültigen Fassung statt und basiert auf pauschalisierten Abrechnungssätzen.

Die Sachkosten ab dem 18. November 2024 bis zum gegenwärtigem Stand (16. Dezember 2024) belaufen sich auf 171 592,53 Euro.

Frage 3: Wie oft und in welchen konkreten Fällen hat die Versammlungsbehörde des PP Land Brandenburg bisher in Anforderung einer (auch kommunalen) Ordnungsbehörde eine Kampfmittelsondierung auf einer für eine angemeldete Demonstration benötigten Fläche a) vor oder b) während einer Demonstration vorgenommen?

zu Frage 3: Der Versammlungsbehörde sind aus der Vergangenheit keine Fälle bekannt, bei denen vor oder während einer Demonstration Maßnahmen der Kampfmittelsondierung vorgenommen wurden. Zugleich ist keine Dauerversammlung im Land Brandenburg auf einer Munitionsverdachtsfläche, in deren unmittelbarem Umfeld es umfangreiche Munitionsfunde gab, bekannt.

Es handelte sich daher vorliegend um eine Einzelfallentscheidung, die in Bezug auf die spezifischen Gegebenheiten vor Ort, das Verhalten der Versammlungsteilnehmerinnen und -teilnehmer sowie unter Beachtung und Berücksichtigung der versammlungsrechtlichen Modalitäten und Regelungen getroffen wurde.

Frage 4: Welche konkreten Erkenntnisse in Bezug auf eine Kampfmittelbelastung für das Versammlungsgebiet hat die Versammlungsbehörde in der Zeit zwischen dem Beschluss des OVG Berlin-Brandenburg vom 16.05.2024 und dem 18.11.2024 erhalten?

Wer hat diese Erkenntnisse der Versammlungsbehörde vermittelt und welche fachkundigen Prüfungen dieser Angaben hat die Versammlungsbehörde (oder die ersuchende Ordnungsbehörde mit weitergegebener Information an die Versammlungsbehörde) durchgeführt?

zu Frage 4: Die Versammlungsbehörde hat mehrere Erkenntnisse in Bezug auf eine Kampfmittelbelastung erlangt. Von besonderer Bedeutung waren hierbei die Funde zweier Fliegerbomben aus dem Zweiten Weltkrieg im Rahmen der Sondierungsmaßnahmen im Bebauungsplangebiet des Erweiterungsbaues. Diese Bomben mussten vor Ort entschärft beziehungsweise gesprengt werden. Weiterhin war ein Fund mit Verdacht auf chemische Kampfstoffe bedeutsam, der sich nicht bestätigte.

Insgesamt wurde eine Vielzahl verschiedener Kampfmittel- und Munitionsreste in dem Gebiet unmittelbar um die gesamte Versammlungsfläche aufgefunden.

Das Ministerium des Innern und für Kommunales informierte das Polizeipräsidium darüber, dass im Zusammenhang mit den weiteren Planungen für das Gebiet des Bebauungsplanes Nr. 60 „Service- und Logistikzentrum Freienbrink Nord“ der Gemeinde Grünheide (Mark) eine Arbeitsgruppe zur weiteren Abstimmung zwischen den beteiligten Behörden und Bauunternehmen unter Federführung des Ministeriums für Infrastruktur und Landesplanung eingerichtet wurde. Im Rahmen dieser Beratungen wurden dem Polizeipräsidium fortlaufend Erkenntnisse zur Kampfmittelbelastung des betreffenden Gebiets mitgeteilt. Mangels eigener Sach- und Fachkenntnisse im Zusammenhang mit militärischen Kampfmitteln kann die Versammlungsbehörde keine eigenständigen „fachkundigen Prüfungen“ durchführen. Ein Austausch hierzu erfolgte mit der zuständigen Ordnungsbehörde und mit dem Kampfmittelbeseitigungsdienst des Zentraldienstes der Polizei. Diese fachlichen Bewertungen wurden bei versammlungsrechtlichen Entscheidungen entsprechend berücksichtigt.

Frage 5: Sind der Versammlungsbehörde des PP Land Brandenburg aus der Zeit seit dem 03.10.1990 schon Fälle bekannt geworden oder gar selbst positiv bekannt, in denen Kampfmittelsondierungen auf Flächen einer angemeldeten und gerichtlich bestätigten Versammlungsfläche a) vorgenommen worden sind oder b) vorgenommen werden sollten?

zu Frage 5: Solche in der Vergangenheit liegende Fälle sind der Versammlungsbehörde nicht bekannt (vergleiche auch Antwort zu der Frage 3).

Frage 6: Wann rechnet die Versammlungsbehörde mit einem Abschluss der Sondierungen und wie gedenkt die Versammlungsbehörde des PP Land Brandenburg deren Ergebnisse, die in Ansehung des Aufwandes, der nach Ziffer 1 und 2 dem Land entstanden ist, öffentliche Aufmerksamkeit verdienen und sicherlich Einfluss auf zukünftige Demonstrationen an diesem öffentlichkeitswirksamen Ort haben können, zu veröffentlichen?

zu Frage 6: Die Sondierung wurde mit Abschluss der Prüfung von Sektor 3 am 27. November 2024 beendet. Anlass für die (vorzeitige) Beendigung war, dass die von Seiten der Gemeinde Grünheide (Mark) vorgebrachten Gründe für die Sondierung:

- die zahlreichen Verstöße gegen Versammlungsaufgaben sowie gegen Wald- und sonstige ordnungsrechtliche Bestimmungen seitens der Versammlung,
- die Eingriffe in den Boden sowie Erschütterungen des Bodens infolge diverser Handlungen seitens der Versammlung 1 (Waldprotestcamp),
- die Gefahren für die Versammlungsfläche aufgrund der unbekanntem Belastungslage infolge der baulichen Maßnahmen (Errichtung einer Baustraße) in unmittelbarer Nähe des Versammlungsraumes sowie
- die Gefahren für Einsatz- und Rettungskräfte bei Einsatzmaßnahmen im Bereich der Kampfmittelverdachtsflächen/Versammlungsraum

mit Auflösung der Versammlung und Räumung des Waldstückes weggefallen sind.

Die Gemeinde Grünheide (Mark) hatte zudem eine Allgemeinverfügung erlassen, die das Betreten und Befahren des „InselWaldes“ aufgrund der Kampfmittelbelastung und damit einhergehender Gefahren künftig untersagt.

Sofern die Frage auf etwaige künftige Demonstrationen Bezug nimmt, würde die Versammlungsbehörde im Einzelfall eine Prüfung am Maßstab des Versammlungsgesetzes vornehmen.

Frage 7: Wann rechnet die Versammlungsbehörde mit einem Abschluss der Sondierungen und wie gedenkt die Versammlungsbehörde - in Ansehung der vz. Rspr. - mit Demonstrationsanmeldungen an dem dann fertig sondierten Waldgelände zu verfahren?

zu Frage 7: Es wird auf die Antwort zu der Frage 6 verwiesen.

Künftige Versammlungen würden im Einzelfall nach dem Maßstab des § 15 Absatz 1 des Versammlungsgesetzes beurteilt; also danach, ob nach zur Zeit des Erlasses der Verfügung erkennbaren Umständen die öffentliche Sicherheit oder Ordnung bei Durchführung der Versammlung oder des Aufzuges unmittelbar gefährdet ist. Entsprechend des Ergebnisses wird geprüft, ob die Versammlung oder der Aufzug von bestimmten Auflagen abhängig zu machen ist. Deshalb kann eine allgemeine Planung, wie mit weiteren Versammlungsanmeldungen auf der teilweise sondierten Waldfläche „zu verfahren ist“, nicht erfolgen.